

Verordnung

über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes

für das Wasserwerk Wanna des Wasserversorgungsverbandes Land Hadeln

vom 22.06.2011

Aufgrund der §§ 51 und 52 des Wasserhaushaltsgesetzes in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585) und der §§ 91 und 92 des Niedersächsischen Wassergesetzes in der Fassung vom 19. Februar 2010 (Nds. GVBl. S. 64) wird verordnet:

§ 1

Für die der öffentlichen Wasserversorgung dienenden, auf den Flurstücken 115, 114/2, 116/6, 158 und 153 der Flur 47 und den Flurstücken 4 und 83 der Flur 48, Gemarkung Wanna gelegenen Brunnen des Wasserversorgungsverbandes Land Hadeln wird zum Schutz des Grundwassers vor nachteiligen Einwirkungen ein Wasserschutzgebiet zum Wohl der Allgemeinheit festgesetzt.

§ 2

- (1) Das Wasserschutzgebiet gliedert sich in die Schutzzonen I (Fassungsbereich), II (engere Schutzzone), III A und III B (weitere Schutzzonen).
- (2) Das Wasserschutzgebiet Wanna befindet sich auf dem Gebiet des Landkreises Cuxhaven und umfasst eine Gesamtfläche von 11,2 km².
- (3) Die Begrenzung des Wasserschutzgebietes und seiner Schutzzonen ist in der beigefügten Übersichtskarte im Maßstab 1:10.000 sowie den Detailplänen 1:2.000 eingezeichnet .
- (4) Die Grenzen des Wasserschutzgebietes Wanna werden wie folgt beschrieben:

Begrenzung der Schutzzone I

Die Grenze der Schutzzone I verläuft mit einem Radius von 10 m, gemessen vom Brunnen, allseitig um jeden der Grundwasserförderbrunnen.

Begrenzung der Schutzzone II

Die Schutzzone II beginnt nördlich des Wasserwerkes Wanna zwischen PB 38 und PB 6. Sie verläuft etwa 200 m nach Osten, verschwenkt nach Süden und folgt der „Landesstraße 118“ („L118“) annähernd 60 m um erneut circa 140 m nach Osten zu verlaufen. Die Schutzgebietsgrenze setzt ihren Verlauf für eine Länge von ungefähr 340 m nach Süden fort und knickt nach Westen. In Richtung Westen verläuft die Schutzgebietsgrenze etwa 640 m. Sie überquert die L 118 sowie die „Seemoorstraße“ und folgt dem Verlauf der „Seemoorstraße“ nach Norden. Nach rund 130 m knickt die Schutzgebietsgrenze für eine Länge von knapp 110 m nach Westen. Im Anschluss daran verläuft die Schutzgebietsgrenze fast 470 m in Richtung Norden, um dann für schätzungsweise 470 m nach Osten zu verschwenken. Zwischenzeitlich trifft die Schutzgebietsgrenze auf einen Weg und folgt diesem, bis sie erneut auf einen Weg trifft. Nun knickt die Grenze nach Süden, um entlang des Weges nach etwa 130 m an die Ausgangsposition zu gelangen.

Begrenzung der Schutzzone III A und III B

Die Schutzgebietsgrenze beginnt im Nordwesten von Westerwanna und verläuft zu Beginn auf der südlichen Seite des „Feuerstättenweges“ („Kreisstraße 5“) gute 960 m in Richtung Westen. Die westliche Richtung hält die Schutzgebietsgrenze etwa weitere 1.250 m bei. Auf ihrem Weg nach Westen kreuzt die Schutzgebietsgrenze die Wege „Am Feuerstättenweg“, „Schanzenweg“ und „Heideweg“. Das letzte Teilstück in Richtung Westen orientiert sich am Weg „Alter Postweg“, ehe sie für eine Strecke von knapp 900 m in Richtung Norden verläuft. Hierbei kreuzt die Schutzgebietsgrenze den „Instedtergraben“ und den „Feuerstättenweg“, bevor sie auf einen Weg, der entlang des Naturschutzgebietes „Aßbütteler Moor“ verläuft, trifft. Dem Weg folgt die Schutzgebietsgrenze Richtung Südosten für annähernd 270 m, umfährt den Wald, um einem weiteren Weg in östliche Richtung zu folgen. Die östliche Richtung hält die Schutzgebietsgrenze schätzungsweise 1.050 m bei und kreuzt in nördliche Richtung das „Nordermoor“. Hierbei orientiert sich die Schutzgebietsgrenze an einer gedachten Linie und an Flurstücksgrenzen in nördliche Richtung bis zur Straße „Neuer Weg“. Diesem folgt sie dann circa 270 m in Richtung Südosten. Der Grenzverlauf setzt sich ungefähr 1.200 m in nordöstliche Richtung fort, kreuzt einen Weg und das Flurstück 80/5 der Flur 18, Gemarkung Nordleda, um entlang der südlichen Flurstücksgrenzen der Wohngebäudegrundstücke „Heringskoop“, bzw. direkt an der Straße „Heringskoop“ geschätzte 770 m nach Osten zu verlaufen. Die Schutzgebietsgrenze wendet sich für etwa 160 m nach Norden und setzt ihren Grenzverlauf in einer gedachten Linie nach Südosten fort. Nach etwa 440 m trifft die Schutzgebietsgrenze auf ein Wohngebiet der Gemeinde Nordleda. Diese wird in südöstliche Richtung gequert, wobei die Straße „Süderfeld“ zweimal gekreuzt wird. Die Schutzgebietgrenze quert die „Bremerhavener Straße“ („Landesstraße 118“) und folgt deren Verlauf für rund 90 m nach Nordosten bis sie auf das Wohngrundstück „Bremerhavener Straße 11“ trifft. Hier wendet sich die Schutzgebietsgrenze für fast 600 m nach Osten. Dabei lässt sich der Verlauf der Grenze in Spitzen und Bögen entlang von Gräben nachvollziehen, bis sie die „Oberwettern“ erreicht. Der weitere Verlauf der Schutzgebietsgrenze erstreckt sich etwa 1.100 m entlang der „Oberwettern“, verläuft von dort in südlicher Richtung entlang von Flurstücksgrenzen, kreuzt die Gemarkungsgrenze Nordleda - Ihlienworth, bis sie die „Emmelke“ erreicht. Die Schutzgebietsgrenze folgt dem Verlauf der „Emmelke“ für annähernd 1.080 m, wobei die Straße „Zum Wetternweg“ gequert wird. Die Schutzgebietsgrenze biegt entlang des Gewässers „Alter Strom mit Zufluss zur Emme“ zunächst nach Westen und in der Folge nach Süden. Die Schutzgebietsgrenze knickt für etwa 1.200 m nach Südwesten, überquert einen Weg und erreicht die „Neue Trift“. Dieser folgt sie ungefähr 200 m nach Süden, ehe sie sich entlang eines Weges, für circa 360 m nach Nordwesten wendet. Am Ende des Weges erreicht die

Schutzgebietsgrenze erneut die „Emmelke“ und folgt deren Verlauf knapp 800 m nach Westen. Nun knickt die Schutzgebietsgrenze nach Nordwesten und verläuft entlang einer gedachten Linie zur Ecke des „Wischweges“. Diesem folgt die Schutzgebietsgrenze ungefähr 340 m, um dann westlich in den „Heidblink“ zu biegen. Diesem folgt die Schutzgebietsgrenze knapp 100 m, um dann zwischen verschiedenen Wohngrundstücken fast 950 m nach Nordwesten zu verlaufen, ehe sie den Ausgangspunkt, den „Feuerstättenweg“ („K 5“) erreicht. Zwischenzeitlich werden die „L 118“, der „Kirchweg“ („K 5“) und der „Museumsweg“ gekreuzt.

Begrenzung zwischen den Schutzzonen III A und III B

Vom Angrenzungspunkt der Schutzzone III A, Gewässerkreuzung „Ostermoorgraben“ – „Emmelke“, zweigt die Schutzzone III B im Süden des Schutzgebietes entlang des „Ostermoorgrabens“ nach Norden ab. Nach etwa 240 m wendet sich die Schutzgebietsgrenze in Richtung des „Wischweges“ und folgt diesem Richtung Westen. Die Grenze orientiert sich erneut nach Norden, um bei erneutem Erreichen des „Ostermoorgrabens“ an dessen nördlicher Seite für knapp 340 m nach Westen zu verlaufen. Die Schutzgebietsgrenze wendet sich für ungefähr 230 m nach Norden und umfährt das Flurstück 20 der Flur 62, Gemarkung Wanna, an dessen westlicher Seite. Die Schutzgebietsgrenze setzt ihren Weg in nordwestlicher Richtung für annähernd 400 m zwischen Wohngrundstücken fort, bis sie den „Kirchweg“ erreicht. Dessen Verlauf folgt die Schutzgebietsgrenze für circa 145 m nach Westen, ehe sie erneut für knapp 540 m die nordwestliche Richtung einschlägt. Hierbei verläuft die Grenze teilweise entlang der Straße „Am Friedhof“. Die Grenze erreicht einen Weg und folgt diesem etwa 280 m nach Norden, bis sie einen weiteren Weg erreicht. Diesem folgt die Schutzgebietsgrenze schätzungsweise 260 m nach Osten bis sie wieder auf die Straße „Am Friedhof“ trifft. Die Schutzgebietsgrenze folgt den Straßen „Am Friedhof“ und „Am Mühldeich“ in nördlicher Richtung. Nach schätzungsweise 1.050 m in Richtung Nordosten schließt die Grenze an die äußere Schutzgebietsgrenze an.

- (5) Die genaue Begrenzung des Wasserschutzgebietes und seiner Zonen ist in den Karten, die Bestandteile dieser Verordnung sind, dargestellt. Im Zweifelsfall ist die Grenzziehung in den Kartenwerken maßgebend.

§ 3

Die Veröffentlichung der Karten im Verkündungsblatt wird nach § 91 Abs. 2 des Wasserhaushaltsgesetzes dadurch ersetzt, dass eine Ausfertigung beim Landkreis Cuxhaven, Vincent-Lübeck-Straße 2, 27474 Cuxhaven, zur Einsicht aufbewahrt wird.

Eine weitere Ausfertigung liegt jeweils im Bürgerbüro Ihlienworth, Hauptstraße 40, 21775 Ihlienworth und der Samtgemeinde Land Hadeln, Marktstraße 21, 21762 Otterndorf zur allgemeinen Einsicht aus.

Ausfertigungen dieser Verordnung und der Karten können bei diesen Behörden von jedermann kostenlos eingesehen werden.

§ 4

- (1) Die Schutzzone I darf nur zur Vornahme solcher Handlungen betreten werden, die erforderlich sind:
 1. zur Pflege der Schutzzone,
 2. für den Betrieb und die Überwachung der Wassergewinnungsanlagen,
 3. zur baulichen und betrieblichen Veränderung der Wassergewinnungsanlagen.
- (2) Die Anwendung von Pflanzenschutz-, Pflanzenhilfs- und Schädlingsbekämpfungsmitteln ist in der Schutzzone I verboten. Darüber hinaus ist jegliche Düngung untersagt, soweit sie nicht in geringen Mengen zur Erzielung einer geschlossenen Grasnarbe erforderlich ist.
- (3) Im Übrigen ist das Betreten der Schutzzone I durch Unbefugte verboten.
- (4) Die in den Schutzzonen II, III A und III B geltenden Verbote sowie die Handlungen und Anlagen, die einer Genehmigungspflicht unterliegen, ergeben sich aus Abs. 5.

Die mit einem „V“ bezeichneten Handlungen und Anlagen sind in den jeweiligen Schutzzonen verboten.

Die mit einem „G“ gekennzeichneten Handlungen und Anlagen unterliegen einer Genehmigungspflicht (beschränkt zulässige Handlungen).

Die mit einem „*“ gekennzeichneten Handlungen und Anlagen unterliegen in der jeweiligen Schutzzone nicht den Beschränkungen des Katalogs der Schutzbestimmungen nach Abs. 5; unberührt bleiben jedoch Anforderungen nach anderen Bestimmungen dieser Verordnung und rechtliche Anforderungen nach anderen Bestimmungen des öffentlichen Rechts. Dies gilt insbesondere für

- a) die §§ 8, 9 und 48 des Wasserhaushaltsgesetzes
- b) die Anlagenverordnung,
- c) die Düngeverordnung,
- d) die §§ 6 bis 10a des Pflanzenschutzgesetzes,
- e) Anforderungen des Niedersächsischen Gesetzes über den Wald und die Landschaftsordnung,
- f) Anforderungen nach dem Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz,
- g) Anforderungen nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz und der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung sowie
- h) § 68 der Niedersächsischen Bauordnung

in der jeweils gültigen Fassung.

- (5) Im Einzelnen gelten folgende Schutzbestimmungen:

	Zone II	Zone III A	Zone III B
Abwasser			
1. Einleiten von Abwasser in den Untergrund			
a) Direktes, punktuelltes Einleiten von Abwasser	V	V	V
b) Einleiten von industriellen und gewerblichen (auch behandelten) Abwässern	V	V	V
c) Einleiten von häuslichem Abwasser in den Untergrund aus Kleinkläranlagen mit allgemeiner bauaufsichtlicher Zulassung	V	G	G
d) Versickern des von Verkehrsflächen abfließenden Wassers auf Böschungen, in Mulden und Becken mit belebter Bodenzone	V	G	G
2. Einleiten von Kühlwasser oder von Rücklaufwasser aus Wärmetauschanlagen (mit Ausnahme der unter lfd. Nr. 49 genannten Anlagen) in den Untergrund	V	V	G
3. Einleiten von Abwasser und des von Verkehrsflächen abfließenden Wassers in oberirdische Gewässer (ausgenommen Niederschlagswasser im Rahmen des Gemeingebrauchs gemäß § 32 NWG i. V. m. § 25 WHG)	V	G	G
4. Bau von Abwasserbehandlungsanlagen und Abwassersammelgruben (mit Ausnahme der unter Nr. 1 genannten Anlagen)	V	G	G
5. Bau von Abwasserkanälen nach dem Stand der Technik, sofern der unteren Wasserbehörde die Dichtheit der Anlagen nachgewiesen wird	V	*	*
6. Abwasserverregnung und Abwasserlandbehandlung	V	V	V

Land- und Forstwirtschaft sowie Erwerbsgartenbau

7. Umbruch von Grünland zur Nutzungsänderung			
a) Grünland, das aufgrund seiner natürlichen Standortgegebenheiten keine ordnungsgemäße Ackernutzung zulässt (absolutes Grünland)	V	V	V
b) Grünland, das eine ordnungsgemäße Grünland-, Acker- oder gärtnerische Nutzung zulässt (fakultatives Grünland)	V	G	G
8. Grünlanderneuerung, ausgenommen sind umbruchlose Verfahren	G	G	G

	Zone II V	Zone III A V	Zone III B V
9. Brachen ohne gezielte Begrünung			
10. Umbruch von Dauerbrachen			
- In der Zeit vom 01. Juli bis 31. Januar	V	V	V
Ausnahme: Umbruch mit nachfolgendem Anbau von Winterraps			
11. Kahlschlag von forstlich genutzten Flächen			
a) zur Änderung der Nutzungsart	V	V	V
b) Zu sonstigen Zwecken wenn der Kahlschlag 0,5 ha überschreitet	G	G	G
12. Zufuhr von mehr als 170 kgN/ha Stickstoff aus organischen Düngern tierischer oder pflanzlicher Herkunft pro Jahr auf landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Nutzflächen	V	V	V
13. Aufbringen von Gülle, Jauche, Silosickersaft, Gärresten Geflügelkot und Geflügelmist sowie von gütegesicherten Grünabfall- und Bioabfallkomposten und Abfällen aus der Herstellung oder Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit einem wesentlichen Gehalt an verfügbarem Stickstoff im Sinne des § 2 Nr. 11 DüV auf			
a) Grünland			
- vom 1. Oktober bis zum Ablauf des 31. Januar	V	V	V
- in der übrigen Zeit gemäß guter fachlicher Praxis	V	*	*
b) - landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzte Flächen von der Ernte der letzten Hauptfrucht bis zum Ablauf des 31. Januar des Folgejahres. Der Zeitraum verlängert sich bei einer Frühjahrsbestellung um einen Monat. Der Verbotszeitraum beginnt am 16. September, wenn nach der Ernte der letzten Hauptfrucht eine Zwischenfrucht oder Winterraps angebaut wird.	V	V	V
- in der übrigen Zeit gemäß guter fachlicher Praxis	V	*	*
c) forstwirtschaftliche Nutzflächen	V	V	V
d) Aufbringen von Gärresten aus Anlagen, die mit Co-Fermenten betrieben werden	V	G	G
14. Aufbringen von Klärschlamm im Sinne des § 2 Abs. 2 AbfKlärV	V	V	V

	Zone II V	Zone III A V	Zone III B V
15. Aufbringen von Abfällen aus der Herstellung und Verarbeitung nichtlandwirtschaftlicher Erzeugnisse und von nicht gütegesicherten Grünabfall- und Bioabfallkomposten auf landwirtschaftliche, erwerbsgärtnerische oder forstwirtschaftliche Nutzflächen			
16. Aufbringen von Rohschlamm sowie von Klärschlamm, der nicht unter die Regelungen der Schutzbestimmung Nr. 14 fällt	V	V	V
17. Aufbringen von Stallmist gemäß guter fachlicher Praxis	G	*	*
18. Anbau von erwerbsgärtnerischen Kulturen	V	G	G
19. Wirtschaftsdünger, Gärreste aus Biogasanlagen, die mit Gülle und nachwachsenden Rohstoffen betrieben werden, und Sekundärrohstoffdünger sowie Stallmist, Geflügelmist und -kot			
a) Bau und Betrieb von Anlagen zur Lagerung von flüssigem Dünger			
aa) Erdbecken (auch foliengedichtet und / oder mit Leckerkennung)	V	V	V
bb) Anlagen mit Sickerwasserkontrolle	V	*	*
cc) sonstigen Anlagen	V	V	V
b) Zwischenlagerung von Stallmist mit einem Trockensubstanzgehalt von 25 % und höher außerhalb genehmigter Anlagen mit jährlich wechselndem Standort	V	G	G
c) Lagerung von sonstigem Dünger außerhalb undurchlässiger Anlagen	V	V	V

	Zone II	Zone III A	Zone III B
20. Anlegen von Gärfuttermieten			
a) mit einem Trockensubstanzgehalt von 28 % und mehr ohne Basisabdichtung bei jährlich wechselnden Standorten	V	G	G
b) mit einem Trockensubstanzgehalt von 28 % und mehr ohne Basisabdichtung ohne jährlich wechselnden Standort	V	V	V
c) mit Gärfutter mit einem Trockensubstanzgehalt kleiner als 28 %			
aa) Gärfuttermieten ohne Basisabdichtung	V	V	V
bb) Gärfuttermieten mit Basisabdichtung und mit Auffang der Silagesäfte	V	*	*
21. Anwendung von Pflanzenschutzmitteln über die Regelungen des Pflanzenschutzgesetzes und der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung in der jeweils geltenden Fassung hinaus	V	V	V
22. Tierhaltung, soweit sie nach dem Bundesimmissions-schutzgesetz genehmigungspflichtig ist	V	G	G
23. Beregnete Holzpolterplätze (Holzkonservierungsanlagen)	V	G	G
24. Einrichten oder Erweitern von Kleingartenanlagen nach dem Bundeskleingartengesetz	V	G	G
Wassergefährdende Stoffe außerhalb der Anlagenverordnung			
25. Gewässerunterhaltung mit chemischen Mitteln	V	V	V
26. Lagern, Umschlagen oder Abfüllen von wassergefährdenden Stoffen gemäß § 62 Abs. 3 des Wasserhaushaltsgesetzes ohne Verwendung tropfsicherer Umfülleinrichtungen oder außerhalb von Einrichtungen, aus denen ein Eindringen in den Boden nicht möglich ist	V	V	V
27. Verwenden von wassergefährdenden Stoffen			
a) Verwendung von radioaktiven Stoffen in offener Form oder Produktion dieser Stoffe	V	V	V
b) Löschübungen und Erprobungen mit dem Löschmittel „Schaum“	V	V	V
28. Transport wassergefährdender Stoffe, ausgenommen Anliegerverkehr	V	*	*

	Zone II	Zone III A	Zone III B
29. Befördern wassergefährdender Stoffe			
a) in Rohrleitungsanlagen gemäß §§ 20 ff. UVPG	V	V	V
b) in Feldleitungen, die der Bergaufsicht unterliegen	V	G	G
30. Einbringen von wassergefährdenden Stoffen in den Untergrund, Ablagerung und Aufhalten dieser Stoffe	V	V	V

Abfälle, bauliche Anlagen, Sondernutzungen

31. Abfälle

a) Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zur Abfallbeseitigung	V	V	V
b) Errichten oder wesentliches Ändern von Anlagen zur Abfallverwertung; ausgenommen Eigenkompostierung	V	V	G
c) Anlagen zur Behandlung oder Lagerung von Schrott und Autowracks (ausgenommen Altfahrzeugannahmestellen gemäß Altfahrzeugverordnung)	V	V	V

32. Einbau von Baustoffen und Ersatzbaustoffen sowie Verwertung von mineralischen Abfällen,

a) die die Anforderung einer schadlosen Verwertung bzw. eines schadlosen Einbaus nicht erfüllen	V	V	V
b) die nachweislich die Anforderung einer schadlosen Verwertung bzw. eines schadlosen Einbaus erfüllen	G	*	*

Hinweis:

Der Nachweis ist vor Umsetzung der Maßnahme gegenüber dem Landkreis Cuxhaven, Amt Wasser- und Abfallwirtschaft, zu erbringen.

33. Ausweisen von Baugebieten	V	G	G
-------------------------------	---	---	---

34. Errichtung von Gebäuden^[1]

a) die ausschließlich der reinen Wohnnutzung dienen	G	*	*
b) für Gewerbebezwecke oder eine Mischnutzung	V	G	G
c) für landwirtschaftliche Betriebe	V	G	G

^[1] Für Änderungen von baulichen Anlagen gelten die vorstehenden Bestimmungen, wenn sie einer Änderung der Nutzung nach Art und Umfang dienen und hierdurch mehr wassergefährdende Stoffe (größere Menge, höhere Konzentration) anfallen oder verwendet werden

	Zone II V	Zone III A G	Zone III B *
35. Neubau und Ausbau von befestigten, für Motorfahrzeuge zugelassenen Wegen, Straßen, Plätzen mit Ausnahme von land- und forstwirtschaftlichen Wirtschaftswegen			
36. Eisenbahnlinien sowie Einrichtungen der Eisenbahn			
a) Bau oder wesentliche Änderung von Bahnlinien	V	G	*
b) Bau oder wesentliche Änderung von Güterumschlagsanlagen der Eisenbahn oder Rangierbahnhöfen	V	V	G
37. Bau von Start-, Lande- und Sicherheitsflächen sowie Ausweisung von Anflugsektoren und Notabwurfflächen des Luftverkehrs	V	V	G
38. Bau und wesentliche Änderung von militärischen Anlagen und Übungsplätzen	V	V	V
39. Durchführen von Manövern und Übungen von Streitkräften oder ähnlichen Organisationen, soweit sie nicht dem DVGW-Merkblatt W 106 entsprechen	V	V	V
40. Freizeitanlagen			
a) Bau von Campingplätzen, Sportanlagen und Badeanstalten	V	G	G
b) Neuanlage von Wurfscheibenschießständen	V	V	V
c) Erweiterung von bestehenden Wurfscheibenschießständen	V	G	G
d) Motorsportveranstaltungen außerhalb öffentlicher Verkehrswege	V	G	G
41. Friedhöfe			
a) Neuanlage von Friedhöfen (inkl. Tierfriedhöfen)	V	V	G
b) Erweiterung von bestehenden Friedhöfen (inkl. Tierfriedhöfen)	V	G	G
42. Vergraben oder Ablagern von Tierkörpern und Tierkörperteilen (außer im Rahmen ordnungsgemäßer Jagdausübung)	V	V	V

	Zone II	Zone III A	Zone III B
43. Fischteiche und Fischteichbewirtschaftung			
a) Anlegen oder wesentliche Änderung von Fischteichen und Netzgehegehaltungen			
aa) mit Freilegung des Grundwassers	V	V	G
bb) ohne Freilegung des Grundwassers	V	G	G
b) Intensivierung der Bewirtschaftung von Fischteichen und Netzgehegehaltungen	V	G	G

Bodeneingriffe

44. Gewinnung von Bodenschätzen und Erdaufschlüsse, durch die Deckschichten auf Dauer vermindert werden			
a) mit Freilegung des Grundwassers	V	V	G
b) ohne Freilegung des Grundwassers	V	G	G
45. Erdaufschlüsse, die räumlich und zeitlich eng begrenzt sind (z.B. Ausgrabungen, Ausschachtungen im Zusammenhang mit Baumaßnahmen) sowie alle über die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche Bodennutzung hinausgehenden Bodeneingriffe von mehr als 3 m Tiefe	V	G	G
46. Anlagen und Maßnahmen des Bergbaus mit Eingriff in die Deckschichten	V	G	G
47. Sprengungen	V	G	G
48. Bohrungen (mit Ausnahme für die öffentliche Wasserversorgung)			
- Bohrungen jeglicher Art von mehr als 5 Meter Tiefe	V	G	G
49. Erdwärmenutzung mit Erschließung eines Grundwasserleiters	V	G	G

§ 5

Wer landwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzflächen bewirtschaftet, ist verpflichtet, bezogen auf einen Schlag oder eine Bewirtschaftungseinheit die Stickstoff- und die Phosphorzufuhr (P_2O_5), den nach § 3 Abs. 3 DüV ermittelten Nährstoffgehalt des Bodens und die Ertragserwartung aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungen über die Zufuhr von Stickstoff und Phosphor sind mindestens sieben Jahre lang nach Ablauf des Düngjahres aufzubewahren.

§ 6

(1) Wer landwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzflächen in einem Wasserschutzgebiet bewirtschaftet, ist verpflichtet die Düngung dieser Flächen auf ein Gleichgewicht zwischen dem voraussichtlichen Nährstoffbedarf und der Nährstoffversorgung auszurichten.

(2) Auf landwirtschaftlichen und erwerbsgärtnerischen Nutzflächen in einem Wasserschutzgebiet darf die Stickstoffzufuhr den Düngbedarf des betreffenden Düngjahres nicht überschreiten. Die Düngempfehlung der Landwirtschaftskammer Niedersachsen ist bei der Bemessung des Düngedarfs zu beachten. Auf hoch und sehr hoch mit Phosphor (P_2O_5) versorgten Böden ist die jährliche Nährstoffzufuhr für den zu düngenden Pflanzenbestand mit Phosphor (P_2O_5) auf die durchschnittliche Nährstoffabfuhr mit Ernteprodukten zu begrenzen.

§ 7

(1) Auf Verlangen der Wasserbehörde hat die oder der nach § 5 Verpflichtete Einsicht in die Aufzeichnungen nach § 5 dieser Verordnung und nach § 6 Abs. 4 des Pflanzenschutzgesetzes zu gewähren oder diese unverzüglich vorzulegen.

(2) Die Wasserbehörde kann anordnen, den Nitratgehalt durch N_{min} –Untersuchungen oder gleichwertige Verfahren auf landwirtschaftlich oder erwerbsgärtnerisch genutzten Böden zu bestimmen.

§ 8

(1) Der Landkreis Cuxhaven kann von den Verboten nach § 4 Abs. 1 bis 3 und 5 in den Schutzzonen II, III A und III B und den Pflichten des § 5 im Einzelfall widerruflich und befristet befreien, wenn

1. Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Befreiung erfordern oder
2. die Durchführung der Vorschrift zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und der Schutzgebietszweck nicht gefährdet ist.

(2) Die nach § 4 Abs. 5 beschränkt zulässigen Handlungen dürfen nur mit Genehmigung des Landkreises Cuxhaven vorgenommen werden. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn eine der dort genannten Handlungen oder Maßnahmen auf das durch diese Verordnung geschützte Grundwasser nachteilig einwirken kann und diese Einwirkungen nicht durch Bedingungen oder Auflagen verhütet werden können.

(3) Eine gesonderte Befreiung oder Genehmigung für die Verbote und Beschränkungen des § 4 Abs. 5 Ziffern 7 bis 20 bedarf es nicht für Flächen, für die eine Kooperationsvereinbarung geschlossen wurde, soweit die zuständige Wasserbehörde der Kooperationsvereinbarung unter Bezugnahme auf diese Vorschrift zugestimmt hat und die Zustimmung nicht erloschen ist oder widerrufen wurde.

(4) Kooperationsvereinbarung im Sinne des Absatzes 3 ist eine Vereinbarung zwischen einem oder mehreren Bewirtschaftern und dem zuständigen Wasserversorgungsunternehmen. Sie muss dem Zweck dienen, den Grundwasserschutz durch flexible Gestaltung der landwirtschaftlichen Flächenbewirtschaftung zu optimieren.

(5) Wird von einem Bewirtschafter gegen die Bestimmungen der Kooperationsvereinbarung verstoßen, so gilt mit dem Zeitpunkt des Verstoßes die Zustimmung der zuständigen Behörde zur Kooperationsvereinbarung in Bezug auf diesen

Bewirtschafter als erloschen. Für diesen Fall gelten die Bestimmungen dieser Verordnung wiederum unmittelbar. Die Zustimmung kann erneut erteilt werden.

§ 9

Anlagen, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung rechtmäßig vorhanden sind, jedoch den Vorschriften des § 4 nicht entsprechen, bleiben weiter zugelassen. Die zuständige Wasserbehörde kann jedoch von Amts wegen die Änderung oder Beseitigung verlangen, wenn der Zweck dieser Verordnung es erforderlich macht. § 13 des Wasserhaushaltsgesetzes bleibt unberührt.

§ 10

- (1) Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten der im Wasserschutzgebiet liegenden Grundstücke haben zu dulden, dass Beauftragte der Wasserbehörde und der von ihnen ermächtigten Stellen nach vorheriger Ankündigung die Grundstücke betreten, um die Einhaltung der Schutzbestimmungen nach § 4 zu überprüfen und um Maßnahmen durchzuführen, die zum Schutz der Wassergewinnungsanlagen erforderlich sind, zum Beispiel Aufstellen von Hinweisschildern und Zäunen, Lagern von Hilfsstoffen zur Sicherung des Grundwassers, Entnahme von Bodenproben, Anlage und Betrieb von Grundwasserbeobachtungsbrunnen.
- (2) Bei Gefahr im Verzug bedarf es der vorherigen Ankündigung nicht.

§ 11

- (1) Beschränkt eine Schutzbestimmung dieser Verordnung das Eigentum unzumutbar und diese Beschränkung ist nicht durch eine Befreiung nach § 52 Abs. 1 Satz 3 oder andere Maßnahmen zu vermeiden oder auszugleichen, ist der Wasserversorgungsverband Land Hadeln verpflichtet, Entschädigung zu leisten (§ 52 Abs. 4 Wasserhaushaltsgesetz). Die Höhe der Entschädigung wird auf Antrag gemäß der §§ 96 - 99 des Wasserhaushaltsgesetzes vom Landkreis Cuxhaven festgesetzt, wenn zwischen dem Wasserversorgungsverband Land Hadeln und den Beteiligten eine gütliche Einigung nicht erzielt werden kann.
- (2) Eine Ausgleichszahlung nach § 52 Abs. 5 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 93 des Niedersächsisches Wassergesetzes ist zu leisten, wenn eine der in § 4 aufgeführten Schutzbestimmungen erhöhte Anforderungen festsetzt, die die ordnungsgemäße land- und forstwirtschaftliche oder erwerbsgärtnerische Nutzung eines Grundstücks beschränken oder mit zusätzlichen Kosten belasten.

§ 12

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 103 des Wasserhaushaltsgesetzes in Verbindung mit § 133 des Niedersächsisches Wassergesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. einer Schutzbestimmung nach § 4 Abs. 1 bis 3 und 5 zuwiderhandelt,
 2. entgegen § 5 Aufzeichnungen nicht oder nicht vollständig führt,
 3. entgegen § 5 Aufzeichnungen nicht mindestens sieben Jahre lang aufbewahrt,
 4. einer landwirtschaftlichen oder erwerbsgärtnerischen Nutzfläche Stickstoff oder Phosphor entgegen § 6 zuführt,

5. entgegen § 7 Einsicht in die Aufzeichnungen nicht gewährt oder Aufzeichnungen nicht oder nicht unverzüglich vorlegt oder
 6. einer vollziehbaren Auflage in einer Genehmigung, Befreiung bzw. der Kooperationsvereinbarung nach § 8 zuwiderhandelt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 133 Abs. 3 des Niedersächsischen Wassergesetzes mit einer Geldbuße bis zu 50. 000 Euro geahndet werden.

§ 13

- (1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Verordnung vom 21. Juni 1973 (Amtsblatt Nr. 11 für den Kreis Land Hadeln, S. 107) geändert durch die erste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Festsetzung eines Wasserschutzgebietes für das Wasserwerk Osterwanna des Wasserversorgungsverbandes Land Hadeln in Otterndorf vom 06.07.1988 (Amtsblatt Nr. 18 für den Regierungsbezirk Lüneburg, S. 301) außer Kraft.

Cuxhaven, den

Landkreis Cuxhaven
In Vertretung

Jochimsen